



Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen). Anstatt dem Vorschlag der Verwaltung, die Hundesteuer in Remchingen um ein gutes Drittel zu erhöhen, stimmte der Rat lediglich für eine Erhöhung um 15 Prozent. Einen entsprechenden Änderungsantrag hatte Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) gestellt, nachdem mehrere Räte für eine moderate Erhöhung plädiert hatten. „Mittlerweile ist ein Punkt erreicht, wo ich dem Bürger nicht mehr zumuten möchte – wir müssen eher über Sparkonzepte nachdenken“, hatte Alexander Schwenk (FWV) plädiert, während Volker Bräuninger (SPD) eine Liste aller Gebühren und dem Verlauf der letzten Erhöhungen als notwendig ansah. Auf die Einführung einer Hundemarke zur Kontrolle wolle man weiterhin verzichten, erfuhr Klaus Fingerhut (Grüne) auf Nachfrage vom stellvertretenden Kämmerer Matthias Schüle. In Remchingen gibt es etwa 518 Hunde und drei Kampfhunde. Die Erträge der Hundesteuer beliefen sich im Jahr 2025 auf rund 45.000 Euro. Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) erklärte, dass die Hundesteuer eigentlich nicht gedacht sei, um Einnahmen etwa für Kotstationen zu generieren, sondern um die Zahl der Hunde in der Gemeinde in verträglichem Maß zu halten. Zu Beginn der Sitzung hatte eine Hundehalterin aus Wilferdingen nachgefragt, warum man ausgerechnet Hundebesitzer belaste: „Auch Katzen und Pferde sind mittlerweile keine reinen Nutztiere mehr und tragen ebenso wie der Mensch dazu bei, dass Grünflächen und Wege sauber gehalten werden müssen.“

Umstellung auf digitale Wasserzähler geplant

Wie berichtet plant die Gemeinde Remchingen die Umstellung auf digitale Wasserzähler. Nachdem bereits die Stadtwerke Pforzheim ihr Angebot präsentiert hatten, folgte in der vergangenen Sitzung die Netze BW. Eine Entscheidung soll im Oktober folgen. Remchingen plant die Umstellung von rund 3.700 Zählern, womit das manuelle Ablesen weitestgehend entfällt und die Gemeinde Leckagen frühzeitig erkennen kann.

Außerdem beschloss das Gremium die Ersatzbeschaffung von achtzehn Kopierern für die Gemeindeverwaltung samt Außenstellen, Schulen, Kitas und der Feuerwehr für rund

110.000 Euro für die kommenden sechs Jahre. Gabriele Ulrich (Grüne) und Thomas Merz (Bürgerliste) bemerkten die hohen Beratungskosten in Höhe von rund 43.000 Euro für die Ausschreibung, woraufhin Bürgermeisterin Julia Wieland auf die dadurch ebenso hohen Einsparungen verwies.

Wie berichtet plant die Deutsche Bahn im Zuge des Projekts Residenzbahn den barrierefreien Ausbau des Remchinger Bahnhofs. Die Singener Seite sollte ursprünglich über eine Treppenanlage barrierefrei zugänglich werden. Aufgrund der Betroffenheit Dritter musste umgeplant werden, sodass nun ein Aufzug errichtet werden soll. Dieser kann ausschließlich auf Gemeindegrund umgesetzt werden. Den entsprechenden Vertragsänderungen mit der Deutschen Bahn stimmte der Gemeinderat einstimmig zu.

Kulturhallenleiterin Jeannine Pfrommer gab in der Sitzung Einblicke in die Nutzung der Kulturhalle. Als Veranstaltungsort für Kultur, Vereine und das gesellschaftliche Leben ist die Kulturhalle ganzjährig in Betrieb. Regelmäßig ist sie bis zu 18 Monate im Voraus ausgebucht. 322 Belegungstage hatte sie 2025. „Die hohe Auslastung unterstreicht die kontinuierlich starke Nachfrage nach der Nutzung der Räumlichkeiten“, erklärte Pfrommer. Neben Vereinsveranstaltungen, Schulfesten, Kinder- und Familienangeboten, Firmenevents, gemeindlichen Anlässen und Märkten finden auch Kulturveranstaltungen mit durchaus namhaften Künstlerinnen und Künstlern statt. 65.000 Besucherinnen und Besucher zählte die Halle, davon 16.500 bei Kulturevents. Besonders beliebt sei dabei das Theater-Abo mit sieben Vorstellungen pro Spielzeit und 550 Abonnenten.

Während die durchschnittlichen kommunalen Kulturausgaben bundesweit bei 74 Euro pro Kopf liegen, seien es in Remchingen 62 Euro. Um den wirtschaftlichen und leistungsfähigen Betrieb der Kulturhalle zu sichern, wurde in den letzten zwei Jahren unter anderem in die Erneuerung der Tonanlage, ein neues Kühlhaus und die Umrüstung der Saalbeleuchtung auf LED-Technik investiert.

Remchingen investiert zukünftig kräftig in Schulsanierungen: 32 Millionen Euro für fünf Schulen geplant

Der Schulbetrieb ist zwar Ländersache, die Zuständigkeit für die Gebäude und Einrichtungen liegt jedoch bei den Schulträgern – und damit meist bei den Kommunen. Das bekommt Remchingen in den kommenden Jahren besonders zu spüren: Mit Schätzungen zufolge 32 Millionen Euro will die Gemeinde ein umfassendes Paket zur Schulsanierung schnüren. Damit will sie in den Jahren 2027 bis 2038 die zehn Gebäude aller fünf Remchinger Schulen (außer der vom Sperlingshof betriebenen Schule) fit für die Zukunft machen. Bauamtsleiter Markus Becker präsentierte dem Gemeinderat das Mammutprojekt, das zunächst an den Standorten

mit akutem Sanierungsbedarf beginnen soll. So sind für die Bergschule in Singen 10,5 Millionen Euro vorgesehen. Die Arbeiten sollen 2028 beginnen. „Wir müssen diese Schule dringend angehen“, unterstrich Becker mit Blick auf abgeplatzte Betonwände, Wassereintritte und einen nicht mehr zeitgemäßen Brandschutz im Altbau der Grundschule mit auslaufender Werkrealschule. Auch wenn es sich nur um eine Sanierung handle, sei aufgrund der Summe ein Architektenwettbewerb notwendig, ebenso wie Ausweichcontainer für bis zu acht Klassenzimmer.

Die energetische Sanierung der Peter-Härtling-Grundschule in Wilferdingen soll 2030 am Terrassenbau und 2037 am Altbau beginnen. Bereits zuvor ist eine Erneuerung der EDV-Struktur geplant. Insgesamt plant die Gemeinde für diese Schule 8,9 Millionen Euro. An der benachbarten Carl-Dittler-Realschule sollen die Arbeiten 2032 beginnen und sind mit 4,7 Millionen Euro veranschlagt, gefolgt von der Bertha-Benz-Grundschule in Nöttingen mit 2,8 Millionen Euro und Sanierungsbeginn 2034 sowie dem Gymnasium als jüngstes Gebäude mit 5,5 Millionen Euro und Sanierungsbeginn 2036. Zuvor sind intensive Planungsphasen vorgesehen. Volker Bräuninger (SPD) erfuhr, dass Becker nicht mit Zuschüssen von mehr als einem Drittel rechne.

„Bevor wir über eine Sanierung nachdenken, sollten wir uns erst einmal im Klaren sein, wie es weitergeht mit den Schulen“, betonte Alexander Schwenk (FWV) mit Blick auf die Bergschule. Nach dem Auslaufen der Werkrealschule hatte die Schule wie berichtet Pläne zur Einführung einer Ganztageschule präsentiert, die jedoch keine Mehrheit im Gremium fanden. „Wir haben uns aber nicht gegen eine Ganztagschule, sondern nur gegen den Beginn zum Schuljahr 2027/2028 entschieden“, betonte Klaus Fingerhut (Grüne). Andere Räte sahen das anders. „Wir können aber auch nicht jede Sitzung neu entscheiden“, erklärte Bürgermeisterin Julia Wieland, die die Initiative der Schulleitung begrüßt hatte. Sie bat, bei Bedarf einen Antrag zu stellen. Während Felix Casper (CDU) eine Kooperation von Realschule und Bergschule vorschlug, brachte Schwenk die Idee eines Neubaus zwischen Wilferdingen und Singen ins Spiel, der sich aus freiwerdenden Bauflächen am Werkrealschul-Teil der Bergschule finanzieren könne.

Julian Zachmann und Alina Di Sannio